

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die deutsch-sowjetische Begegnung im Kaukasus

**Erklärungen Michail Gorbatschows und Helmut Kohls auf der abschließenden
Pressekonferenz am 16. Juli 1990 in Schelesnowodsk**

(Auszüge)

Am 15. und 16. Juli 1990 trafen sich Präsident Gorbatschow und Bundeskanzler Kohl, begleitet u. a. von den Außen- und Finanzministern beider Seiten, in Moskau und in der Region Stawropol im Kaukasus, der Heimat des sowjetischen Präsidenten. Über die Ereignisse der - in der westlichen Presse auch als „Coup im Kaukasus“ etikettierten - Begegnung äußerten Gorbatschow und Kohl sich auf der abschließenden Pressekonferenz in Schelesnowodsk. Die beiden Erklärungen dokumentieren wir nachstehend in Auszügen. D. Red.

Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl

Herr Präsident, meine Damen und Herren, diese Pressekonferenz beschließt eine zweitägige Begegnung zwischen Präsident Gorbatschow und mir, den beiden Herren Außenminister und den Finanzministern und unseren Delegationen. Eine Begegnung, von der ich glaube, daß sie in der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen einen neuen Höhepunkt darstellt. Das betrifft die Dichte und Intensität unserer Gespräche in Moskau, im Flugzeug und hier in der Heimat von Präsident Gorbatschow. (. . .)

Aber das Besondere und die Bedeutung unseres Zusammentreffens liegt in den Ergebnissen. Wir sind uns einig, daß in zentralen Fragen weitreichende Fortschritte erreicht werden konnten. Dieser Durchbruch war möglich, weil beide Seiten sich bewußt sind, daß sich jetzt in Europa, in Deutschland und in der Sowjetunion historische Veränderungen vollziehen, die uns besondere Verantwortung auferlegen. Das gilt für die politische Arbeit in den jeweiligen Ländern, aber auch für die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen, das gilt für die Zukunft Gesamteuropas. Präsident Gorbatschow und ich sind uns einig, daß wir uns dieser geschichtlichen Herausforderung zu stellen haben. Und wir versuchen, ihr gemeinsam gerecht zu werden. Und wir verstehen diese Aufgabe gerade auch als eine besondere Verpflichtung unserer eigenen Generation, die den Krieg und seine Folgen noch bewußt miterlebte, aber jetzt die große, vielleicht einmalige Chance hat, die Zukunft unserer Länder und unseres Kontinents auf Dauer friedlich, sicher und frei zu gestalten.

Zu den Gesprächsergebnissen im einzelnen darf ich bemerken: Präsident Gorbatschow und ich sind uns darüber im klaren, daß den deutsch-sowjetischen Beziehungen für die Zukunft unserer Völker und für das Schicksal Europas eine zentrale Bedeutung zukommt. Wir wollen das zum Ausdruck bringen und haben vereinbart, unmittelbar nach der Einigung Deutschlands einen umfassenden und grundlegenden zweiseitigen Vertrag zu schließen, der unsere Beziehungen dauerhaft und gut nachbarschaftlich regeln soll. Solch ein Vertrag soll alle Bereiche der Beziehungen einbeziehen, die politischen Beziehungen genauso wie Fragen der beiderseitigen Sicherheit, der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft und Technik, des Jugendaustausches und vieles andere mehr. Ziel ist es, unsere Beziehungen auf eine Basis von Stabilität und Berechenbarkeit und Vertrauen und vom Arbeiten an einer gemeinsamen Zukunft zu stellen.

Unser Gespräch diene der Klärung wesentlicher Fragen, die im Rahmen der „Zwei-plus-vier-Gespräche“ behandelt werden. Wir haben die Übereinstimmung, die auf dem Treffen der sechs Außenminister im Juni in Berlin erzielt wurde, ausdrücklich bekräftigt, nämlich, daß die „Zwei-plus-vier-Gespräche“ so rechtzeitig abgeschlossen werden, daß ihr Ergebnis dem KSZE-Gipfel im November in Paris präsentiert werden kann. Ich kann heute mit Genugtuung und in Übereinstimmung mit Präsident Gorbatschow feststellen: Erstens: Die Einigung Deutschlands umfaßt die Bundesrepublik, die DDR und Berlin. Zweitens: Wenn die Einigung vollzogen wird, werden die Vier-Mächte-Rechte und Verantwortlichkeiten vollständig abgelöst. Damit erhält das geeinte Deutschland zum Zeitpunkt seiner Vereinigung seine volle und uneingeschränkte Souveränität. Drittens: Das vereinte Deutschland kann in Ausübung seiner uneingeschränkten Souveränität frei und selbst entscheiden, ob und welchem Bündnis es angehören will. Das entspricht der KSZE-Schlußakte. Ich habe als die Auffassung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß das geeinte Deutschland Mitglied des atlantischen Bündnisses sein möchte. Und ich bin sicher, dies entspricht auch der Ansicht der Regierung der DDR. Viertens: Das geeinte Deutschland schließt mit der Sowjetunion einen zweiseitigen Vertrag zur Abwicklung des Truppenabzuges aus der DDR, der innerhalb von drei bis vier Jahren beendet sein soll. Gleichzeitig soll mit der Sowjetunion ein Überleitungsvertrag über die Auswirkung der Einführung der D-Mark in der DDR für diesen Zeitraum von drei bis vier Jahren abgeschlossen werden. Fünftens: Solange sowjetische Truppen noch auf dem ehemaligen DDR-Territorium stationiert bleiben, werden die NATO-Strukturen nicht auf diesen Teil Deutschlands ausgedehnt. Die sofortige Anwendung von Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrages bleibt davon von Anfang an unberührt. Nicht-integrierte Verbände der Bundeswehr, das heißt Verbände der territorialen Verteidigung, können ab sofort nach der Einigung Deutschlands auf dem Gebiet der heutigen DDR und in Berlin stationiert werden. Für die Dauer der Präsenz sowjetischer Truppen auf dem ehemaligen DDR-Territorium sollen nach der Vereinigung nach unserer Vorstellung die Truppen der drei Westmächte in Berlin verbleiben. Die Bundesregierung wird die drei Westmächte darum ersuchen und die Stationierung mit den jeweiligen Regierungen vertraglich regeln. Siebtens: Die Bundesregierung erklärt sich bereit, noch in den laufenden Wiener Verhandlungen eine Verpflichtungserklärung abzugeben, die Streitkräfte eines geeinten Deutschlands innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370 000 Mann zu reduzieren. Die Reduzierung soll mit dem Inkrafttreten des ersten Wiener Abkommens begonnen werden. Achtens: Ein geeintes Deutschland wird auf Herstellung, Besitz und Verfügung über ABC-Waffen verzichten und Mitglied des Nichtweiterverbreitungsvertrages bleiben.

Meine Damen und Herren, diese gemeinsame Verabredung ist eine sehr gute Ausgangsposition, um jetzt die äußeren Aspekte der deutschen Einigung im Rahmen der „Zwei-plus-vier-Gespräche“ rechtzeitig und erfolgreich abschließen zu können. Ich werde unverzüglich nach meiner Rückkehr mit der Regierung der DDR die notwendigen Kontakte aufnehmen. Und ich gehe davon aus, daß sie unsere Einschätzung teilt. Wir werden gleichfalls den drei Westmächten unmittelbar die heutigen Ergebnisse übermitteln. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird schon am morgigen Tag bei seinem Zusammentreffen in Paris die drei westlichen Außenminister unterrichten.

Erklärung von Präsident Michail Gorbatschow

Ich denke vor allem, daß eine derart umfangreiche Arbeit zu einem so großen Fragenkomplex die Grundinteressen nicht nur unserer beiden Völker, sondern auch aller Europäer und der gesamten Weltgemeinschaft betrifft. Wir konnten eine fruchtbare Arbeit leisten, weil wir in den vergangenen Jahren einen weiten Weg in der Entwicklung unserer Beziehungen zurückgelegt haben. Sie zeichnen sich heute durch einen hohen Stand des politischen Dialogs, ein bestimmtes Maß an Vertrauen und intensive Kontakte auf höchster Ebene aus. Der Herr Bundeskanzler und ich nutzen verschiedene Formen, wie persönliche Begegnungen, Besuche, Ferngespräche und Korrespondenz. Dies ist ein sehr intensiver Dialog.

Ergiebig und intensiv arbeiten unsere außenpolitischen Ämter unter Hans-Dietrich Genscher und Eduard Schewardnadse; Vertreter anderer Organe und der Regierungen der beiden Staaten wirken ebenfalls mit.

Die Atmosphäre, die unsere Beziehungen kennzeichnet, gestattete uns, in dieser schwierigen Etappe weitreichender Wandlungen effizient, im Geiste des Einvernehmens vorzugehen und uns um Antworten auf wichtigste Fragen zu bemühen. Ich muß sagen, daß wir in den vergangenen Monaten weit vorangekommen sind, insbesondere bei diesem Treffen, dem eine intensive Arbeit vorausgegangen war. Dies zum ersten.

Ich glaube, wir hätten kaum zu den Übereinkünften gelangen können, von denen der Herr Bundeskanzler gesprochen hat, wenn der jetzige Kontext nicht bestanden hätte, in dem dieser Arbeitsbesuch des Kanzlers bei uns stattgefunden hat. Ich meine die Tatsache, daß in den vergangenen Monaten Dutzende Gipfeltreffen abgehalten wurden, in deren Brennpunkt gleichbleibend alle Hauptprobleme standen, die mit den grundlegenden Wandlungen in der Europa- und Weltpolitik sowie in den zwischenstaatlichen Beziehungen zusammenhängen. Wir gehen von einem Zeitalter in der Entwicklung der internationalen Beziehungen zu einem anderen über und setzen voraus, daß es das Zeitalter eines langanhaltenden Friedens sein wird.

Von Bedeutung sind allerdings nicht nur Treffen. Wir erwarten auch adäquate Wandlungen in einer solchen Organisation wie der NATO. Im Warschauer Vertrag (WVO) finden in dieser Hinsicht Wandlungen statt. Die Doktrin dieses Militärblocks wurde bekanntlich bereits früher abgeändert. Das letzte WVO-Treffen ist im Grunde die Aufforderung, neue Beziehungen aufzubauen, die militärischen Organisationen in militärpolitische zu transformieren und Direktkontakte zwischen ihnen aufzunehmen.

Nun haben wir den Impuls aus London verspürt, wo die letzte NATO-Tagung sehr wichtige positive Schritte unternommen und somit auf die Herausforderung der Zeit und die Aufforderung der Staaten des Warschauer Vertrags und anderer europäischer Staaten reagiert hat. Ich kann nicht sagen, daß wir alles, was in London geäußert wurde, mit Beifall aufnehmen. Keineswegs. Ich würde aber trotzdem die angelaufene Bewegung als eine historische Wende in der NATO-Entwicklung bezeichnen.

Wir hoffen, das in London Gesagte wird es gestatten, zu einer Deklaration zu gelangen, die von beiden Bündnissen angenommen und einen beträchtlichen Einfluß auf die europäische und die ganze internationale Politik ausüben wird; ich sage also erneut: Ohne das eben Erwähnte wäre es für mich und den Herrn Bundeskanzler gestern und heute schwierig gewesen, eine wirksame Arbeit zu leisten und das zu erreichen, wovon er bereits gesprochen hat.

Wir handelten im Geiste des bekannten deutschen Ausdrucks „Realpolitik“. Bei der Realpolitik muß man die kompliziertesten Wandlungen berücksichtigen, die sich in unserer heutigen Wirklichkeit, im europäischen Raum und in der Weltpolitik vollziehen. Eine Annäherung findet statt. Wir empfinden uns zwar als unterschiedliche, aber doch organische Teile der menschlichen Zivilisation und verspüren die wechselseitige Abhängigkeit gegenüber globalen Herausforderungen. Wir müssen gemeinsam ausgewogen im Geist des Realismus und der Verantwortung für die Geschichte der europäischen Völker und der ganzen Weltgemeinschaft handeln. Dessen waren wir uns bei diesem Treffen bewußt.

Ich würde es so formulieren: Die Ergebnisse des Treffens integrieren die Haltung der Bundesrepublik und die Haltung der Sowjetunion. Die bundesdeutsche Seite hat vermutlich nicht in reiner Form das erhalten, womit sie gerechnet hatte. Wir haben ebenfalls nicht das in reiner Form erhalten, worauf wir seinerzeit hofften. Wir waren allerdings Realisten und haben die Richtung der Wandlungen eingeschätzt und verglichen, indem wir stets den europäischen Kontext berücksichtigten, und versuchten, alle diese Prozesse organisch zu verbinden/Und ich meine, obwohl diese Visite des Herrn Bundeskanzlers als Arbeitsbesuch gilt, würde ich ihn zu den bedeutsamsten Besuchen unserer Zeit zählen.

Wir gehen davon aus, daß wir mittels eines völkerrechtlichen Schlußdokumentes zur Aufhebung der Rechte und Verantwortung der Vier Mächte gelangen werden, die aus den entsprechenden völkerrechtlichen Entscheidungen über die Kriegsergebnisse resultierten. Das bedeutet, daß ein vereinigtes Deutschland vollständige Souveränität erlangt. Es ist berechtigt, über diese Souveränität zu verfügen und seine Entscheidung zu treffen. Das betrifft auch die Sozialentwicklung und die Tatsache, an welchen Bündnissen es teilnehmen, welche Beziehungen es unterhalten, zu wem es Kontakte aufnehmen oder erneuern will. Dies sind alles Merkmale der vollständigen Souveränität, die ein Staat erhält.

Diesen Teil des Problems haben wir gründlich besprochen. Ich erinnere mich, daß ich bereits früher gesagt habe, einmal werde die Zeit kommen, in der ein vereinigtes Deutschland, ganz gleich, ob wir das wollen oder nicht, in der NATO präsent sein wird, wenn sein Volk so entscheidet. Doch selbst wenn es so entscheidet, wird es dennoch in bestimmtem Maße, in rechtlich fixierten Beziehungen mit der Sowjetunion und damit mit einem bedeutenden Teil des Warschauer Vertrags zusammenarbeiten. Irgend etwas Ähnliches entwickelt sich. Daraus entsteht ein wichtiges Problem, das wir gründlich und konstruktiv besprochen haben - das Problem des Aufenthalts, der Fristen, der Rechtslage, der Bedingungen usw. für die Trappengruppierung, die bereits jetzt reduziert und weiter reduziert wird. Wir haben Klarheit geschaffen und gegenseitige Besorgnisse zerstreut. Das alles darf die Souveränität eines vereinigten Deutschland nicht berühren, andererseits müssen aber auch die Interessen der Sowjetunion berücksichtigt sein.

Auf dem „Zwei-plus-Vier“-Treffen werden wir unsere Meinung darlegen, der zufolge sich die NATO-Strukturen nicht auf das Territorium der ehemaligen DDR erstrecken dürfen.

Da erhebt sich die Frage: Was geschieht dann weiter? Wir rechnen damit, daß nach einem planmäßigen Abzug unserer Truppen in einer bestimmten Frist - wir haben mit dem Bundeskanzler von drei bis vier Jahren gesprochen, wobei diese Frage natürlich noch behandelt und geprüft wird - auf dem Territorium, das natürlich unter der Souveränität eines vereinigten Deutschland stehen wird, welches das Recht hat, dort seine Truppen, die Bundeswehr, zu stationieren, jedoch weder Nuklearwaffen noch ausländische Truppen stehen werden. Das ist eine Voraussetzung für die Erhaltung des entstandenen Vertrauens und die Verantwortung, die unseren Handlungen in den Beziehungen zueinander und zu anderen Europäern innewohnt.

Der Herr Bundeskanzler hat sich seinerzeit für die Notwendigkeit neuer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und einem vereinigten Deutschland ausgesprochen und diesen Gedanken auf unserem Treffen weiterentwickelt. Da es jetzt nicht möglich ist, im Namen eines vereinigten Deutschland zu sprechen, handelt es sich um Gedanken und Überlegungen für die Zukunft. Ich begrüße seine Ausführungen und seine Einstellung. Warum? Heute ist die Bundesrepublik unser größter westlicher Partner, die DDR unser größter osteuropäischer Partner. Unsere Völker müssen die Ereignisse bereits auf neuer Ebene erfassen und den neuen Charakter und die neuen Impulse der sowjetisch-deutschen Beziehungen mit Blick auf eine neue Zeitrechnung in entsprechenden völkerrechtlichen Dokumenten festhalten und verankern.

Dokumente zur Golfkrise

Am 2. Juli 1990 besetzten irakische Truppen den Nachbarstaat Kuwait. Am 8. Juli gab der irakische Revolutionsrat die Bildung einer Union mit Kuwait bekannt, womit man einem Ersuchen der „Übergangsregierung des freien Kuwait“ entsprochen habe.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verurteilte am 2. Juli 1990 die Invasion und forderte den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait (Resolution 660/1990). In einer weiteren Resolution vom 6. Juli (661/1990) verhängte der Sicherheitsrat ein